

Autors über die militärische und politische Lage. Breuninger war ein ebenso religiös geprägter wie national denkender junger Mann. Verschiedentlich übt er in seinen Aufzeichnungen Kritik an den von der militärischen Führung ergriffenen Maßnahmen. So schreibt er etwa hellsichtig über das im Februar/März 1917 durchgeführte „Unternehmen Alberich“: „Überall, wohin das Auge schaut, nur Trümmer u[nd] Wüstenei. Wir sind diesmal mit größter Bewusstheit Hunnen u[nd] Barbaren. Welches Wut- u[nd] Wehgeheul wird einmal losgehen“ (S. 204). Weniger eigenständig sind die politischen Urteile Breuningers. Der Schwabe verfolgte das Geschehen im Reich aus einem konservativen, antidemokratischen Blickwinkel. Besondere Beachtung verdient das Bildmaterial, das zur Publikation gelangt. Breuninger hat es – was eher selten ist – von Zeit zu Zeit gewagt, die Situation in der vordersten Frontlinie mit der Kamera festzuhalten.

Bei der Edition handelt es sich um eine Leseausgabe ohne kommentierende Anmerkungen. Erschlossen wird das Tagebuch Breuningers durch eine kurze Einführung des Herausgebers Frieder Riedel sowie durch ein „Stichwortverzeichnis“ am Ende des Bandes, das die wichtigsten Personen, Orte und Sachen enthält. Detailliertere Informationen zur Biografie Breuningers sowie zum Einsatz seines Regiments im Ersten Weltkrieg hätten die historische Einordnung des Tagebuchs erleichtert. Korrigiert sei ein Fehler im Einleitungstext: Breuninger war kein Kriegsfreiwilliger, wie behauptet wird. Vielmehr zeigt der Blick in die im Hauptstaatsarchiv Stuttgart überlieferte militärische Personalakte, dass der Tagebuchautor in den Jahren 1908/09 als Einjährig-Freiwilliger Wehrdienst geleistet hatte und infolge der Mobilmachung am 6. August 1914 zu den Waffen gerufen wurde. Wolfgang Mährle

Gouverneursbesprechungen, Die deutschen Protokolle der Besprechungen zwischen Vertretern der Regierung von Württemberg-Hohenzollern und der französischen Militärregierung in Tübingen 1945–1952 (Documenta Suevica, Bd. 13), bearb. von Frank RABERG, hg. von Edwin Ernst WEBER, Konstanz/Eggingen: Edition Isele 2007. 445 S., Ill. ISBN 978-3-86142-402-4. Kt. € 25,-

Der Bearbeiter des Bandes, vom Herausgeber im Vorwort zu Recht als „einer der besten Kenner des ‚Transitoriums‘ Württemberg-Hohenzollern“ charakterisiert, nennt die vorliegende Edition einen „Beitrag zur Verbesserung der Kenntnis über die Geschichte Württemberg-Hohenzollerns aus einer bisher zu wenig beachteten und ausgewerteten Quelle“. Diesem unprätentiösen Anspruch wird das Werk mehr als gerecht. Es trifft im Wesentlichen auch zu, dass die im Staatsarchiv Sigmaringen aufbewahrten Aktenvermerke bzw. Niederschriften über die Gouverneursbesprechungen insgesamt „ein Kaleidoskop der Besatzungszeit und damit eine zentrale Quelle zur Nachkriegszeit im deutschen Südwesten“ sind.

Allerdings, so betont Frank Raberg selbst in der Einleitung, handelt es sich bei dem edierten Bestand leider nur „um einen Torso“, fehlen doch „mit hoher Wahrscheinlichkeit mehrere Protokolle, die aus nicht nachvollziehbaren Gründen in Verlust geraten sind“. Ausgerechnet für die „politisch besonders ereignisreichen acht Monate“ zwischen dem 12. 11. 1946 und dem 26. 07. 1947, den konfliktreichen Übergang von der vorkonstitutionellen Phase zur verfassungsmäßigen Regierungsform, ist kein einziges Protokoll überliefert. Auch vom 12. 12. 1947 bis zum 03. 02. 1948, als sich die (wenig später eskalierende) Auseinandersetzung zwischen Landtag bzw. Landesregierung und Gouvernement militaire über die Demontagefrage zuzuspitzen begann, klafft eine Lücke; und für 1951/52, nicht zuletzt die entscheidenden

den Monate der Südweststaatverhandlungen, liegen wiederholt für viele Wochen keine Niederschriften vor.

Neben diesen schmerzlichen Überlieferungslücken sind bewusste Auslassungen, die auf den Editionsgrundsätzen beruhen, zu bedauern: So blieben Aktenvermerke über vor- und nachbereitende Besprechungen auf Beamtenebene ebenso unberücksichtigt wie Aufzeichnungen über Vieraugengespräche des Landtagspräsidenten oder des Fraktionsvorsitzenden der CDU in Bebenhausen mit dem französischen Gouverneur.

Aber auch unvollständig, mithin nicht durchweg kontinuierlich, werfen die nun gedruckt vorliegenden, vom Bearbeiter mit einer kenntnisreichen Einleitung sowie sorgfältigen Kommentaren und hilfreichen „Biogrammen“ versehenen Archivalien höchst aufschlussreiche Schlaglichter auf das spannungsreiche Verhältnis zwischen Deutschen und Franzosen in Südwürttemberg und Hohenzollern von der Zeit des Tübinger „Staatssekretariats“ Ende 1945 bis zur Gründung des neuen Bundeslandes Baden-Württemberg im Frühjahr 1952.

Die in den Besprechungen der Tübinger Regierungsvertreter mit Gouverneur Widmer und dessen Kabinettsdirektor, zu denen gelegentlich Abteilungsleiter der regionalen Militärregierung hinzugezogen wurden, behandelten Themen umfassten ein breitgefächertes Tableau an politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fragen sowie drängenden Alltagsproblemen, wobei sich je nach aktueller Lage die Schwerpunkte wandelten. So standen in den ersten Monaten die Organisation der Entnazifizierung, die Durchführung der Lebensmittelablieferungen und der mit hoher Priorität seitens der Militärregierung von den deutschen Verantwortlichen erwartete Aufbau einer effizienten Kommunal- und Staatsverwaltung im Zentrum der Agenda. 1947/48 schoben sich dann die strittigen Fragen der Demontagen und Holzeinschläge in den Vordergrund. Zwischen Sommer 1948 und Frühjahr 1952 fanden schließlich erwartungsgemäß die Verhandlungen über die Fusion der drei Besatzungsländer zu einem neuen Südweststaat sowie die Anfänge der Bundesrepublik ihren deutlichen Niederschlag in den Besprechungen. Aufschlussreich dafür, wie diese vorbereitet wurden, ist Carlo Schmid's am 18.09.1946 verfasste „Niederschrift betreffend Präsidialbesprechung am 26. September 1946“ (S.59f.), die als Ersatz für das nicht auffindbare Sitzungsprotokoll in die Edition aufgenommen wurde. Darin heißt es: „Herr Gouverneur bittet, bis Samstag [21. September 1946] zu jedem Punkt [der Tagesordnung, S.Z.] besonders eine kurze Darlegung unseres Standpunktes zu erhalten (etwa 10 Zeilen pro Punkt). Ich bitte die zuständigen Herren Landesdirektoren für die rechtzeitige Übergabe der Notizen an Herrn [Regierungsrat, S.Z.] Donndorf besorgt zu sein, der seinerseits das Aktenstück an den Herrn Gouverneur weiterleiten wird.“

Schließlich seien beispielhaft einige inhaltlich interessante Aperçus aus den Protokollen angeführt. Laut Aktenvermerk über die Besprechung am 26.07.1947 (S.68ff.) erwiderte Gouverneur Widmer auf den Überblick, den ihm zuvor der neu gewählte erste Staatspräsident Lorenz Bock über die Landtagssitzungen in Bebenhausen am 22. und 23.07. gegeben hatte, „er empfehle aber den Abgeordneten, in ihren Landtagsreden möglichst wenig von der Besatzungsmacht zu reden. Der Gouverneur habe zwar volles Verständnis dafür, dass jede Besatzungsmacht bei der Bevölkerung nicht beliebt sein könne, man müsse sich aber hüten, die Atmosphäre zu vergiften [...]. Die Militärregierung [...] sei bereit, nach Möglichkeit Hilfe zu schaffen, aber gewisse Wünsche könnten eben nicht erfüllt werden, und es sei seiner Meinung nach unzweckmäßig, das Volk aufzurühren.“

Bei derselben Gelegenheit ergab sich folgender aufschlussreiche „Schlag“abtausch: „6. Über die Holzeinschläge ist Gouverneur Widmer der Ansicht, dass sie ohne wesentliche

nachteilige Folgen für das Land sein dürften. Staatspräsident Bock macht hiergegen starke Bedenken geltend; insbesondere für den Fall, dass die Einschlüsse weiter fortgesetzt würden, wären auch klimatische Veränderungen zu befürchten. Gouverneur Widmer erwidert, dass diese Befürchtung in Frankreich während der deutschen Besatzungszeit trotz erhöhter Holzeinschlüsse nicht aufgetreten sei.“

Drei Monate später, in der Besprechung am 29.10.1947 (S.92 ff.), findet man dann den französischen Landesgouverneur auf der Seite der Tübinger Regierung gegen das gesamtzonale Gouvernement militaire in Baden-Baden, das kurz zuvor neue Eingruppierungsgrundsätze für bereits entnazifizierte, von Säuberungsmaßnahmen betroffene Personen erlassen hatte. „Staatspräsident Bock legt dar, dass die Eingruppierungsgrundsätze [...] für uns nicht annehmbar seien. Gouverneur Widmer [...] bittet, an Hand der bereits veröffentlichten Säuberungsergebnisse eine Eingruppierung nach unserem Gutdünken in die fünf vorgesehenen Stufen vorzunehmen und an Hand dieser Eingruppierung mit [dem für die politische Säuberung in Württemberg-Hohenzollern zuständigen, S.Z.] Capitaine Vigouroux zu verhandeln. Man müsse gemeinsam Gegenvorschläge ausarbeiten, welche in Baden-Baden Aussicht auf Genehmigung haben.“ Mit einer Absprache zwischen Tübingen und Freiburg in dieser Angelegenheit zeigte sich Widmer „einverstanden, empfiehlt jedoch, keine gemeinsame Parallelaktion in Baden-Baden zu unternehmen, da dies seiner Ansicht nach zu einer Ablehnung jeglicher Abänderung führen müsse“.

Im Sommer 1948 (Besprechung am 16.07.1948, S.195 ff.) war noch immer das Verhältnis zwischen Landesparlament und Besatzungsmacht aktuell, deren Argumentation mittlerweile allerdings defensiver: „[Widmers Kabinettsdirektor, S.Z.] Oberst de Mangoux bittet darauf zu achten, dass die Debatten im Landtag, insbesondere über in die [dem Gouvernement militaire, S.Z.] vorbehaltenen Gebiete fallenden Fragen, keinen zu scharfen Ton annehmen. Die Militärregierung habe nichts gegen sachliche Kritik einzuwenden, es müsse aber vermieden werden, dass die Debatten im Landtag eine Versteifung auf französischer Seite hervorriefen. Dies könnte aber aus französischen innerpolitischen Gründen eintreten, wenn in den Landtagsdebatten scharfe Angriffe auf die Besatzungsmacht erfolgten. Man dürfe nicht vergessen, dass Südwürttemberg das erste Land der französischen Zone sei, in dem auch über die vorbehaltenen Gebiete frei debattiert werden könne.“

Zur Frage der Südweststaatsgründung liegt die letzte ausführlichere Äußerung des Gouverneurs im Aktenvermerk über die Besprechung am 04.10.1950 (S.378 f.) vor. Sie ist gleich in mehrfacher Hinsicht symptomatisch für die französische „Politik der Widersprüche“ (K.-D. Henke). Demnach sprach Widmer „sich erneut für die Beibehaltung des Status quo [also der drei Nachkriegsländer, S.Z.] aus; die ganze Lage habe sich durch die Volksbefragung [vom 24.09.1950, S.Z.] eher kompliziert als geklärt. Auch spiele seiner Überzeugung nach noch immer die Frage der Besatzungszonen [...] mit hinein. Daraus ergebe sich, dass es wohl am besten wäre, mit allen weiteren Schritten zu warten, bis die Frage der Besatzungskontrolle keine Rolle mehr spielen könne, d. h. also bis zum Abzug der Besatzung. [...] Staatspräsident Dr. [Gebhard, S.Z.] Müller deutet im Laufe der Unterredung den in der Bevölkerung immer lauter werdenden Ruf nach einem Anschluss Württemberg-Hohenzollerns an [das amerikanisch kontrollierte, S.Z.] Württemberg-Baden an. Gouverneur Widmer reagiert auf diese Bemerkung sehr heftig. Eine Isolierung Badens sei völlig undenkbar, höchstens könne diese Möglichkeit als Drohung gegenüber [dem südbadischen, S.Z.] Staatspräsident Wohleb einmal bei Verhandlungen erwähnt werden. Baden allein sei aber als Land auf die Dauer nicht lebensfähig. [...] Staatspräsident Dr. Müller weist demgegenüber

darauf hin, dass das Land Baden ja von der französischen Besatzungsmacht selbst geschaffen worden sei. Gouverneur Widmer geht daraufhin unmittelbar auf ein anderes Thema über.“

Mit der Edition der „Gouverneursbesprechungen“ wurde also in der Tat ein wichtiger Quellenbestand zur südwestdeutschen Nachkriegsgeschichte erschlossen, auf den jeder, der sich forschend mit den französischen Jahren Württemberg-Hohenzollerns beschäftigt, dankbar zurückgreifen wird.

Stefan Zauner